

Recht & Steuern

Abschaffung der Pauschalsteuer: Auch so machen wir die Schweiz kaputt

Von Dr. Frank Marty, Leiter Finanz- und Steuerpolitik und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse



«So machen wir die Schweiz kaputt» betitelte der «Blick» kürzlich eine Serie. Behandelt wurden Themen wie die Erbschaftssteuer und die Ecopop-Initiative. Online-Foren raunten, dahinter stecke Economiesuisse. Es sei hier verraten: falsch. Ein Thema hätte dann bestimmt nicht gefehlt: die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer.

Die Pauschal- oder Aufwandsteuer ist eine Steuer mit Tradition. Das macht sie nicht per se legitim, nimmt ihr aber etwas das Anrühige. 1862 bot sie der Kanton Waadt zum ersten Mal an. Andere Kantone folgten, 1934 auch der Bund. Die Pauschalsteuer ist damit älter als die direkte Bundessteuer; geboren wurde sie nicht zuletzt aus praktischen Gründen. Weil ausländische Personen ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz – und nur für diese gilt die Steuer – schwierig zu besteuern sind, findet die Besteuerung nach dem Lebensaufwand statt. Darauf gilt der ordentliche Tarif.

In jüngster Zeit kam die Pauschalsteuer unter Beschuss. Fünf Kantone, darunter Zürich, schafften sie ab. Acht Kantone behielten sie. Der Bund beschloss Verschärfungen. Das genügt der politischen Linken aber nicht. In ihrem Feldzug für Gerechtigkeit und gegen den helvetischen Steuerföderalismus fordert sie, das «skandalöse Steuerprivileg»

schweizweit abzuschaffen. Die Abstimmung findet am 30. November statt.

Zum Thema Steuerprivilegien wäre einiges zu sagen. Es gibt sie für Schuldner, für Gemeinnützige und Parteispender, für Familien und vieles mehr. Der Bund beziffert sie auf über 20 Mrd. Franken. Ein tiefer Proportionalsteuersatz ohne alle Abzüge wäre eine privilegienfreie Lösung. Doch das wollen offenbar selbst die Initianten nicht. Als schreckten sie vor ihrem eigenen Mut zurück, fügten sie der Forderung «Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig» noch an: «Die Besteuerung nach dem Aufwand ist untersagt.» Was nun?

Tatsache ist, dass die Pauschalsteuer vor allem Kantonen und Regionen hilft, die aufgrund ihrer Lage wirtschaftlich benachteiligt sind. Wallis, Graubünden, Tessin, das Berner Oberland gehören dazu. Hier hat die Pauschalsteuer für das Gewerbe und den Staat Bedeutung. Auch Kantone wie die beiden Basel und Schaffhausen, wo die Pauschalsteuer abgeschafft wurde, nutzen besondere Besteuerungsformen. Die Zielgruppe hier sind internationale Unternehmen. Bei Verbier oder Lausanne sind es ausländische Vermögende. Genau wie Firmen können auch sie ihren (Wohn-)sitz an vielen Orten auf der Welt haben; London und die Algarve sind nicht nur zum Leben, sondern auch steuerlich für diese Kreise sehr attraktiv. So geht es denn hier wie dort um dasselbe: um möglichst gute Karten im Wettbewerb um global mobiles Kapital.

Wie Zürich zeigt, ist der Vorwurf der unfairen, weil zu tiefen Pauschalsteuer nicht durchwegs begründet, die Furcht vor Wegzügen und Steuereinbussen jedoch sehr wohl. Nach der Abschaffung der Pauschalsteuer zahlte ein Viertel der Ex-Pauschalisierten auf ordentlichem Weg mehr Steuern, ein Viertel aber zahlte weniger. Die andere Hälfte zog in Nachbarkantone oder ins Ausland. Unter dem Strich verlor Zürich Einnahmen. Wird die Volksinitiative, gegen die sich die Kantone wehren, angenommen, fällt der Kantonswechsel als inner-schweizerische Lösung weg. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sehen, wo das endet: Ohne Pauschalsteuer machen wir die Schweiz vielleicht nicht kaputt, wegen Wegzügen von Steuerzahlern aber sicher ärmer.

frank.marty@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch